Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Insolvenz der Fluggesellschaft: Beförderungsanspruch ist nur Insolvenzforderung

- Eine Entscheidungskommentierung von Dr. Dietmar Onusseit –

BGH, Urteil vom 26.09.2024 – IX ZR 146/22

Auf unserer Website ist bereits ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu den Rechten des Fluggastes in der Insolvenz der Fluggesellschaft besprochen worden (BGH, Urteil vom 11.07.2024 – IX ZR 247/22). Während es dort um Ausgleichszahlungen von 250 € pro Person zuzüglich Zinsen und darüber hinaus Erstattung der für eine Ersatzbeförderung aufgewendeten Kosten in Höhe von 602,48 € nebst Zinsen im Rang von Masseverbindlichkeiten ging, die der Kläger dort erfolglos begehrte, verlangt der Kläger vorliegend nach zweifacher Umbuchung seiner Flüge Ersatz für Rückflugkosten nach Annullierung des Rückflugs durch die beklagte Fluggesellschaft im nämlichen insolvenzrechtlichen Rang.

Siehe auch das ebenfalls auf unserer Website besprochene Urteil des BGH vom 16.01.2025 – IX ZR 236/23, bei dem die Kosten der Ersatzbeförderung ausnahmsweise Masseverbindlichkeiten begründeten.

Insolvenzrechtliche Ausgangslage

Welche Befriedigungschancen eine Forderung in der Insolvenz des Schuldners hat, hängt entscheidend von ihrem insolvenzrechtlichen Rang ab. Neben den hier nicht interessierenden Forderungen gegen das insolvenzfremde Vermögen sind dies Insolvenzforderungen nach § 38 der Insolvenzordnung (InsO) und sogenannte Masseverbindlichkeiten nach § 55 InsO, die im eröffneten Insolvenzverfahren nur vom Insolvenzverwalter begründet werden können. Das Privileg der Masseverbindlichkeiten rechtfertigt sich, jedenfalls für vertragliche Ansprüche aus der Überlegung, dass derjenige, der sich auf Geschäfte mit dem Insolvenzverwalter einlässt, darauf vertrauen können muss, dass er seine Gegenleistung aus der Insolvenzmasse vollständig erhält.

Insolvenzforderungen sind dagegen Forderungen, die im Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bereits begründet waren.

Während die Masseverbindlichkeiten abgesehen von Fällen der Masseunzulänglichkeit volle Befriedigung erwarten dürfen, erhalten die Insolvenzgläubiger nur die Insolvenzquote, die häufig sehr niedrig ist, wie gerade auch der vorliegende Fall zeigt, in dem lediglich eine Quote von 0,1 % auf die Insolvenzforderungen gezahlt wurde. Nicht selten wird gar keine Quote gezahlt.

Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Im Insolvenzverfahren mit Eigenverwaltung wird kein Insolvenzverwalter bestellt, diese Aufgabe übernimmt der Schuldner oder im Fall einer juristischen Person, etwa einer GmbH, ihr Geschäftsführer. Masseverbindlichkeiten begründet folglich hier der sich selbst verwaltende Schuldner.

Anders als Insolvenzforderungen können Masseverbindlichkeiten nicht durch ein Insolvenzplanverfahren geregelt werden, sie sind vielmehr unabhängig vom Inhalt des Insolvenzplans vollständig zu befriedigen.

Der zu entscheidende Fall

Am 16.08.2018 buchte der Kläger bei dem beklagten Luftfahrtunternehmen für sich und seine Ehefrau Flüge von Frankfurt a. M. nach Windhuk in Namibia und von dort zurück nach Frankfurt a. M. im August 2019 zu einem Gesamtpreis von 1.799,96 EUR, den er vollständig bezahlte.

Am 01.12.2019 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Beklagten eröffnet und Eigenverwaltung angeordnet. Die Beklagte setzte den Flugbetrieb fort.

Der Kläger nahm wohl, das geht aus dem Urteil des BGH nicht ganz eindeutig hervor, eine erste Umbuchung der Flugreise vor. Am 04.03.2020 buchte der Kläger unter derselben Buchungsnummer erneut um auf Flüge von Frankfurt a. M. nach Varadero in Kuba am 06.03.2020 und von dort zurück nach Frankfurt a. M. am 24.03.2020 für 2.057,40 EUR inklusive einer Umbuchungsgebühr von 280 EUR und zahlte den Differenzbetrag. Der Hinflug erfolgte plangemäß. Am 20.03.2020 annullierte die Beklagte den Rückflug pandemiebedingt. Sie wies auf die Luftbrücke des Auswärtigen Amts hin und kümmerte sich selbst nicht um eine Ersatzbeförderung. Der Kläger buchte daraufhin am 20.03.2020 Rückflüge mit der Fluggesellschaft Air Canada mit einem Umsteigeaufenthalt in Montreal zu einem Preis von 4.067,72 EUR. Darüber hinaus zahlte er 158,70 EUR für die erforderlichen kanadischen Visa.

Der Kläger meldete seine Forderungen nicht zur Insolvenztabelle an. Das Insolvenzverfahren wurde zum 30.11.2020 aufgehoben. Nach dem Insolvenzplan erhalten Insolvenzgläubiger eine Basisquote in Höhe von 0,1%.

Der Kläger verlangte Erstattung der für die Ersatzbeförderung aufgewendeten Kosten und erhob weitere Nebenforderungen.

Das Amtsgericht Frankfurt a. M. gab der Klage nur in Höhe der Insolvenzquote statt. Auf die Berufung des Klägers verurteilte das Landgericht Frankfurt a. M. die Beklagte antragsgemäß. Die Revision der Beklagten führte zur Abweisung der über die Quote hinausgehenden Klageforderung.

Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Die Begründung des BGH

Grundlage des klägerischen Begehrens auf Erstattung der Kosten des Rückflugs von Varadero nach Frankfurt a. M. mit der Fluggesellschaft Air Canada sei Art. 5 Abs. 1 Buchst. a i. V. m. Art 8 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.02.2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (kurz: **Fluggastrechte-VO**, vgl. hierzu umfassender unsere Besprechung der oben erwähnten Entscheidung des BGH vom 11.07.2024, dort ist auch näher begründet, weshalb der Fall im Übrigen nach deutschem nationalen Insolvenzrecht zu lösen ist).

Der BGH sieht in den geltend gemachten Ansprüchen nur Insolvenzforderungen nach § 38 der Insolvenzordnung (InsO). Sie könnten gemäß §§ 254, § 254b InsO nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens nur nach Maßgabe des Insolvenzplans, also in Höhe der Insolvenzquote zuerkannt werden.

Zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens begründete Vermögensansprüche seien nach § 38 InsO Insolvenzforderungen, die nur nach den Vorschriften der Insolvenzordnung, also durch Anmeldung zur Insolvenztabelle, verfolgt werden könnten, wie sich aus § 87 InsO ergebe. Dies gelte auch für Beförderungsansprüche. Daraus abgeleitete Sekundäransprüche, die aus der Nichterfüllung insolvenzbedingt nicht durchsetzbarer Ansprüche folgten, begründeten keine Masseverbindlichkeiten nach § 55 InsO.

Die Beförderungsansprüche des Klägers aus seiner Buchung im August 2018 seien folglich zunächst nur Insolvenzforderungen gewesen. Die Fortsetzung des Flugbetriebs habe diese Insolvenzforderungen, wie der BGH schon mehrfach entschieden hatte, nicht zu Masseverbindlichkeiten aufgewertet. Gleiches gelte für die Durchführung des Hinflugs. Die allein auf eine teilweise Erfüllung gestützte Erwartung, der Insolvenzverwalter werde auch die restliche Insolvenzforderung vollständig befriedigen (hier also den Rückflug durchführen), genüge dafür ebenfalls nicht.

Die Beförderungsansprüche seien auch nicht infolge der Umbuchungen nachträglich zu Masseverbindlichkeiten gemäß § 55 InsO geworden.

Zwar könne eine Insolvenzforderung durch Vereinbarung zwischen dem Insolvenzverwalter und dem Insolvenzgläubiger zu einer Masseverbindlichkeit werden, sie erfordere indessen angesichts ihrer einschneidenden Wirkungen, dass die Anforderungen an eine Schuldumschaffung (sogenannte Novation) erfüllt seien, was nicht festgestellt werden könne.

Aus der RECHTSPRECHUNG

Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungskommentierungen (nicht die besprochenen Gerichtsentscheidungen selbst) geistiges Eigentum der jeweiligen Verfasser und damit urheberrechtlich geschützt sind. Eine Verwendung der Kommentierungen hat daher unter Verwendung ordnungsgemäßer Kennzeichnung als Zitat zu erfolgen und den jeweiligen Verfasser der Kommentierung zu benennen.

Eine Novation setze voraus, dass das alte Schuldverhältnis durch ein neues ersetzt und damit zugleich das alte Schuldverhältnis aufgehoben werden solle, so dass die Beteiligten nicht mehr darauf zurückgreifen könnten. Die nach Insolvenzeröffnung erfolgte Umbuchung genüge vorliegend diesen Voraussetzungen nicht. Es fehle insbesondere an dem Willen, das alte Schuldverhältnis aufzuheben, so dass die Parteien hierauf nicht zurückgreifen könnten.

Umbuchungen seien Änderungen hinsichtlich des Reiseterrains, des Reiseziels, des Ortes des Reiseantritts, der Unterkunft oder der Beförderungsart. Sie änderten den bestehenden Vertrag lediglich ab, hoben ihn aber weder auf noch ersetzen sie ihn durch einen neuen Vertrag, denn die übrigen Vertragsbestimmungen blieben hier unverändert. So führe eine Umbuchung, wenn der Fluggast das ursprünglich vereinbarte Entgelt bereits bezahlt habe, nicht dazu, dass nunmehr ein erneuter Anspruch auf Bezahlung des Entgelts entstehe.

Daran gemessen stellten selbst weitreichende Änderungen wie der Austausch des Flugziels oder eine erhebliche Verschiebung des Reisezeitraums wegen der unverändert fortbestehenden Anbindung an das ursprüngliche Vertragsverhältnis keine Novation dar. Eine etwa anfallende Umbuchungsgebühr sei nur ein vertraglich vereinbartes Entgelt für das Recht des Fluggasts, eine grundsätzlich verbindlich gebuchte Flugleistung durch eine andere ersetzen zu dürfen. Die Aufwertung einer Insolvenzforderung zu einer voll werthaltigen Masseverbindlichkeit habe der Kläger im Gegenzug für die im Verhältnis zum Flugpreis untergeordnete Umbuchungsgebühr nicht erwarten dürfen. Nichts anderes gelte für die Erteilung einer Buchungsbestätigung für den umgebuchten Flug.

Der Insolvenzplan gelte auch für während des Insolvenzverfahrens abgeänderte Insolvenzforderungen.

Der geltend gemachte Anspruch auf Ersatz der aufgewendeten Kosten für die Rückbeförderung durch eine andere Fluggesellschaft, die Air Canada, könne auch nicht darauf gestützt werden, dass die Beklagte den Kläger anlässlich der Umbuchung darüber hätte aufklären müssen, dass trotz der kostenpflichtigen Umbuchung der Anspruch auf die umgebuchte Beförderungsleistung nur nach Maßgabe der Bestimmungen über die Insolvenzforderungen durchsetzbar sei. Ob es eine solche Aufklärungspflicht überhaupt gebe, könne dahinstehen. Dass der Beförderungsanspruch Insolvenzforderung bleibe und der Kläger eine Umbuchungsgebühr bezahle, reiche jedenfalls nicht aus, um eine Aufklärungspflicht zu begründen. Das Risiko, ob die Beklagte den Flug durchführe, sei unverändert geblieben.